

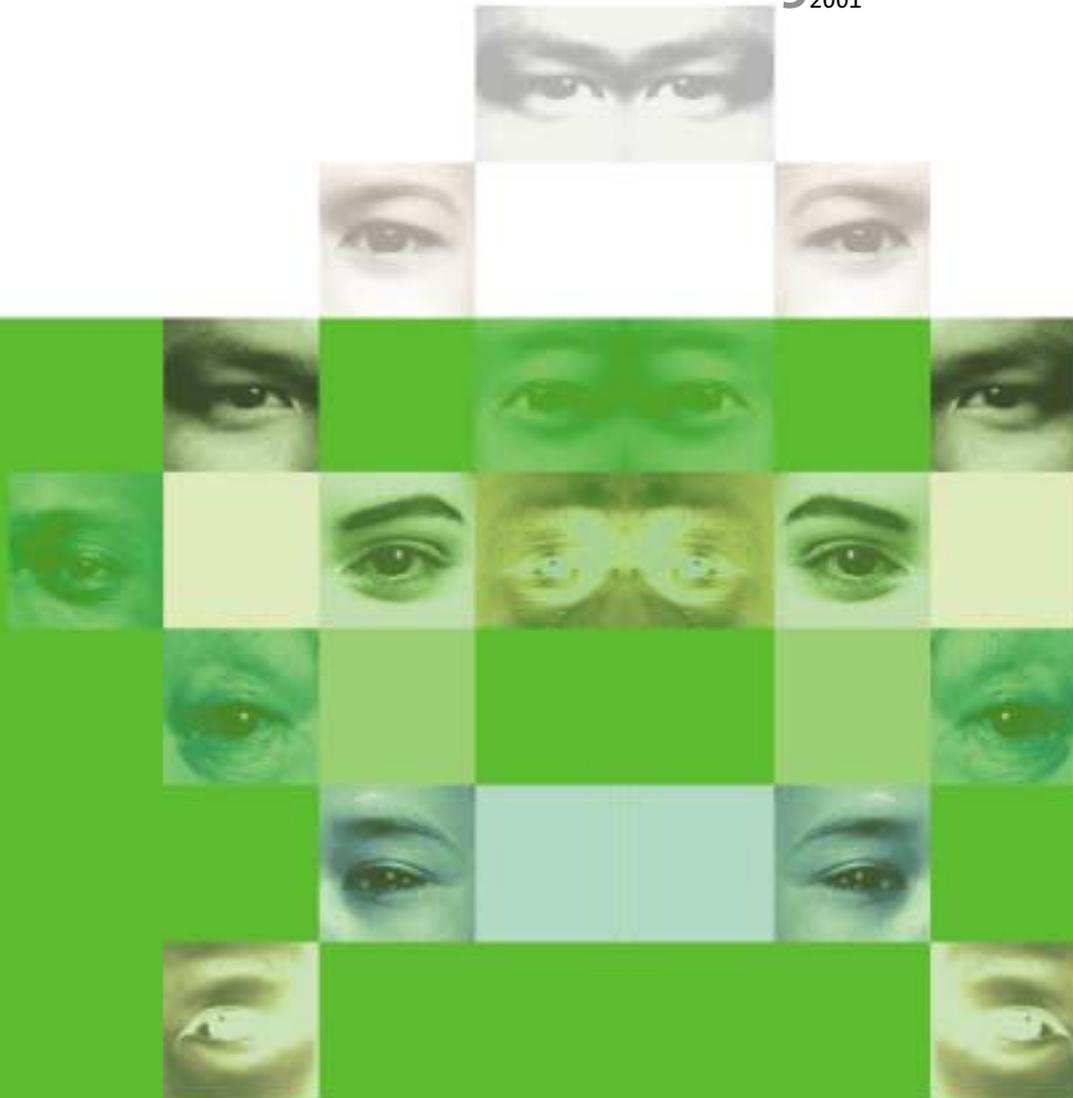
Internationales Katholisches Missionswerk e.V.
Fachstelle Menschenrechte
Dr. Otmar Oehring (Hrsg.)
Postfach 10 12 48
D-52012 Aachen
Tel.: 02 41-75 07-00
Fax: 02 41-75 07-61-253
E-Mail: menschenrechte@missio-aachen.de

ISSN 1618-6222
missio-Bestell-Nr. 600 203

3 2001

Human Rights
Droits de l'Homme
Menschenrechte

Theodor Kampschulte
**Zur Lage der
Menschenrechte
in Indonesien –
Religionsfreiheit
und Gewalt**



Das Anliegen der „Fachstelle Menschenrechte“ ist es, die Kenntnis über die Menschenrechtssituation in den Ländern Afrikas, Asiens und Ozeaniens zu fördern. Um diesem Ziel näher zu kommen engagieren wir uns in der menschenrechtlichen Netzwerkarbeit und fördern den Austausch der kirchlichen Partner missios in Afrika, Asien und Ozeanien mit kirchlichen und politischen Entscheidungsträgern in der Bundesrepublik Deutschland. In der Reihe „Menschenrechte“ werden Länderstudien, thematische Studien sowie die Ergebnisse von Fachtagungen publiziert.

Die Studie **Religionsfreiheit und Gewalt** in Indonesien geht aus von den Prinzipien der Verfassung, die allen indonesischen Staatsbürgern ohne Unterschied die Freiheit der religiösen Überzeugung garantiert und das Recht einräumt, gemäß der eigenen Religion Gottesdienst zu feiern. Dieses Grundrecht wird konfrontiert mit den Realitäten des heutigen Lebens in Staat und Gesellschaft, zu denen auch die Zerstörung von Kirchen und unterschiedliche Formen der Diskriminierung der religiösen Minderheiten im größten muslimischen Land der Welt gehören. Ausführlich befasst sich die Studie mit den Brennpunkten der Gewalt in den regionalen Konfliktgebieten, in denen die blutigen Auseinandersetzungen die Form von Religionskriegen annehmen. Wie reagieren der Staat und seine Organe und wie die Medien und die Öffentlichkeit auf die Gewalt gegen religiöse Minderheiten? Und vor allem, wie reagieren die Kirchen auf die Bedrohung der Religionsfreiheit und die faktische Rechtlosigkeit?

Dr. Theodor Kampschulte, * 1932 in Neheim; 1954-1961 Studium der Philosophie und Theologie; 1962-1970 Tätigkeit im kirchlichen Dienst in Indonesien; 1971-1973 Studium der Sozialwissenschaft und Pädagogik an der Technischen Hochschule Aachen; 1977 Promotion im Fach Soziologie der Entwicklungsländer mit dem Schwerpunkt Indonesien an der Universität Bochum; 1978-1997 Länderreferent für Indonesien, China, etc. beim Bischöflichen Hilfswerk Misereor in Aachen; in dieser Funktion viele Reisen in asiatische Länder und vor allem in alle Landesteile Indonesiens; 1999 Teilnahme an einer Feldforschung zum Thema Gewalt in Indonesien unter Leitung von Prof. Dr. Theodor Hanf, Freiburg.

Erschienenene/Geplante Publikationen

- 1 Zur Lage der Menschenrechte in der VR China – Religionsfreiheit**
Oktober 2001 (Publikation in englischer und französischer Sprache in Vorbereitung)
Bestell-Nr. 600 201
- 2 Human Rights in the DR Congo: 1997 until the present day. The predicament of the Churches**
Oktober 2001 (Publikation in deutscher und französischer Sprache in Vorbereitung)
Bestell-Nr. 600 212
- 3 Zur Lage der Menschenrechte in Indonesien – Religionsfreiheit und Gewalt**
November 2001 (Publikation in englischer und französischer Sprache in Vorbereitung)
Bestell-Nr. 600 203
- 4 Zur Lage der Menschenrechte in Osttimor – Der schwierige Weg zur Staatswerdung**
November 2001 (Publikation in englischer und französischer Sprache in Vorbereitung)
Bestell-Nr. 600 204
- 5 Zur Lage der Menschenrechte in der Türkei – Laizismus = Religionsfreiheit ?**
Dezember 2001 (Publikation in englischer und französischer Sprache in Vorbereitung)
Bestell-Nr. 600 205

Inhalt

2	Allgemeine Angaben zu Indonesien	26	V. Zusammenfassung und Perspektiven
	Zur Lage der Menschenrechte in Indonesien – Religionsfreiheit und Gewalt	29	VI. Forderungen zur Religions- freiheit in Indonesien
3	Vorwort	30	Quellenangaben
4	I. Die Prinzipien	30	Fußnoten
4	Die Verfassung		
8	Die Scharia		
9	II. Die Realitäten		
9	Die Zerstörung von Kirchen		
11	Diskriminierungen		
13	III. Brennpunkte der Gewalt		
13	Der Konflikt auf den Molukken		
14	Kämpfe und Zerstörungen		
17	Zwangsislamisierungen		
18	Ursachen		
21	Der Konflikt im Poso-Gebiet		
22	Weitere Konfliktgebiete		
23	IV. Die Reaktionen von Staat und Gesellschaft		
23	Der Staat und seine Organe		
24	Die Öffentlichkeit		
25	Die Kirchen		

Allgemeine Angaben zu Indonesien

Staatsname:	Republik Indonesien
Fläche:	Über 13.600 (rd. 1.000 bewohnte) Inseln erstrecken sich in einem über 5.000 km langen Bogen beiderseits des Äquators mit einer Gesamtfläche von mehr als 1,9 Mio. qkm ca. 228,5 Mio. (Schätzung Mitte 2001)
Einwohner:	
Bevölkerung unter 15 Jahren:	30,26 %
Bevölkerungswachstum:	1,6% pro Jahr
Lebenserwartung:	68,3 Jahre
Analphabetenrate:	ca. 16 % (Männer: 10,4%, Frauen: 22%)
Sprachen:	Staatsprache: Bahasa Indonesia (modifiziertes Malaiisch), daneben ca. 200 andere Sprachen und mehr als 170 Dialekte
Regierungsform:	Präsidiale Republik
Legislative:	Parlament (DPR): 500 Abgeordnete (inkl. 38 ernannte Vertreter des Militärs); Oberste Volksversammlung (MPR) ¹ : 700 Abgeordnete (inkl. 500 Abgeordnete des Parlaments), tagt jährlich einmal, bestimmt die Richtlinien der Politik und wählt den Präsidenten und den Vizepräsidenten für fünf Jahre, hat das Recht zur Amtsenthebung des Präsidenten
Hauptstadt	Jakarta; 27 Provinzen (inkl. drei Gebiete mit Sonderstatus: Jakarta, Yogyakarta und Aceh) mit einem Gouverneur an der Spitze und einem Provinzparlament;
Religionen:	88% sunnitische Muslime, 5% Protestanten, 3% Katholiken, 2% Hindus (v.a. auf Bali), 1% Buddhisten, Konfuzianer (v.a. Chinesen), dazu animistische Religionen.

Vorwort

Indonesien steht an einem so einschneidenden Scheideweg seiner Geschichte, wie das noch vor kurzem kaum jemand erwartet hätte. Nach dem erfolgreichen Ausscheiden Osttimors aus dem Staatsverband, in den es 24 Jahre zuvor hineingezwungen worden war, haben auch an zwei anderen Brennpunkten gewaltvoller Auseinandersetzungen, in den Provinzen Aceh im äußersten Westen und Papua (Irian Jaya) im äußersten Osten des Inselreiches, die Kräfte und Bestrebungen Auftrieb erhalten, die schon seit Jahrzehnten um die staatliche Unabhängigkeit ihres Gebietes kämpfen. Ein besonderes Maß an Brutalität erreichen die Auseinandersetzungen in dem Konfliktgebiet der Molukken², in denen die Kämpfe die Form eines Religionskrieges annehmen, der mit seinen Verlusten an Menschenleben und an privatem wie öffentlichem Eigentum und den Flüchtlingsströmen die Auseinandersetzung um Osttimor in den Schatten stellt.

Aber auch an anderen Brennpunkten des Inselreiches gärt es, und oft genügt ein nichtiger Anlass, die aufgestaute Gewaltbereitschaft in offene Gewalt umschlagen zu lassen, die sich dann häufig gegen die meist christlichen Minderheiten richtet. Indonesien ist nach Meinung eines Beobachters zu einem „Weltmeister im Zerstören von Kirchen“³ geworden. Man darf aber nicht verschweigen, dass im Konflikt auf den Molukken auch zahlreiche Moscheen der Gewalt zum Opfer fielen.

Thema der vorliegenden Studie ist die Lage des Menschenrechts auf Freiheit der religiösen Überzeugung und dessen Verletzung durch Gewalt und Diskriminierung im heutigen Indonesien. Dabei sollen in einem ersten Schritt die rechtlichen Prinzipien, die Garantien der Verfassung und die Position der politisch relevanten Kräfte aufgezeigt werden. Der zweite Schritt der Darstellung befasst sich mit den Realitäten der Religionsfreiheit heute, den Zerstörungen und Diskriminierungen. In einem dritten Schritt geht es um gewalttätige regionale Konflikte im Zeichen der Religion. Im vierten Schritt werden die Reaktionen von Staat und Gesellschaft und auch der Kirchen dargestellt. Der fünfte Schritt der Darstellung bietet Zusammenfassung und Perspektiven. Abschließend werden Forderungen zur Beseitigung der Defizite in Bezug auf die Religionsfreiheit in Indonesien formuliert.

I. Die Prinzipien

1. Die Verfassung

Vor der Unabhängigkeit Indonesiens gab es eine rational geführte intensive Auseinandersetzung über die Frage, auf welcher Grundlage der neue Staat errichtet werden sollte. „In dem von den Japanern eingesetzten Komitee zur Vorbereitung der indonesischen Unabhängigkeit bestehen unüberbrückbar erscheinende Gegensätze zwischen den Anhängern eines säkularen Nationalstaates und eines Islamstaates. In dieser Situation bringt Sukarno (der spätere erste Präsident der Republik, Anm. d. Verf.) den Vorschlag ein, den Staat auf fünf, von ihm Pancasila (Fünf Säulen, Anm. d. Verf.) genannten Prinzipien aufzubauen: Nationalismus, Humanismus, Demokratie, Soziale Gerechtigkeit und Glaube an Gott. Sowohl die Nationalisten als auch die Muslimvertreter stimmen Sukarnos Vorschlag zu. Letztere bestehen allerdings darauf, dass der Glaube an Gott an die erste Stelle gerückt und ausdrücklich festgestellt wird, dass Muslime verpflichtet sind, das islamische Schariahgesetz zu halten. Diesen Forderungen entspricht die sogenannte Jakarta-Charta vom 22. Juni 1945⁴, die die Scharia in allen Bereichen des Lebens für die Muslime zur staatlich sanktionierten Pflicht machen wollte. Doch wegen der Drohung der nichtmuslimischen Ostgebiete Indonesiens, notfalls einen eigenen Staat zu gründen, wurde dieser von den Islamisten erstrebte Verfassungszusatz um der nationalen Einheit willen von den Verfassungsvätern fallen gelassen. Allerdings ist diese Forderung nie wirklich verstummt und bietet gerade heute Anlass zu heftiger politischer Auseinandersetzung.

Gemäß der Verfassung bilden die fünf Prinzipien der Pancasila die Grundlage, auf der die unterschiedlichen Teile des Landes mit ihrer Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Religionen zur nationalen Einheit finden können. „Sie (die Pancasila) erweist sich als Ausdruck eines Fundamentalkompromisses zwischen den nationalistisch und den islamisch orientierten Kräften, der die nationale Einheit Indonesiens überhaupt erst ermöglicht hat. Die Pancasila ist der Ausdruck der grundsätzlichen Bereitschaft beider ideologischen Grundorientierungen, gemeinsam einen Staat zu gründen, in dem sich alle Indonesier zu Hause fühlen können“⁵. Formal wird die Pancasila von einem großen Teil der indonesischen Bevölkerung auch heute noch so gesehen. Allerdings hat sie an Relevanz verloren. Vielleicht besteht da ein Trauma wegen der Übertreibungen des Suharto-Regimes, das die Pancasila als Aushängeschild für seine antidemokratische Machtpolitik diskreditierte. Unter Suharto war die Pancasila sakrosankt und das Militär ihr gewaltsamer Garant. Heute ist sie zwar noch Pflichtfach an allen Schulen, aber nicht mehr an den Universitäten. Auch sind die gesellschaftlichen Orga-

nisationen und politischen Parteien nicht mehr verpflichtet, die Pancasila zur alleinigen Grundlage ihres Selbstverständnisses zu erklären. Die Pancasila wurde von den Übertreibungen der Suharto-Zeit mit ihrer Verpflichtung zur Pancasila-Moral und zu den einschlägigen Schulungskursen befreit. Man ist zum ursprünglichen Verständnis zurückgekehrt. Der Sinn der Pancasila ist wieder der Grundkompromiss, der die Einheit der Nation gewährleistet. Er sollte es zumindest sein. Doch dies wird von den neuen islamischen Parteien und von fanatischen Gruppierungen nicht mehr akzeptiert.

Die Stellung der Parteien und ihrer Führung zur Pancasila ist nicht mehr einheitlich. Für die nationalorientierten Parteien, die heute die große Mehrheit im Parlament bilden, ist und bleibt die Pancasila die Grundlage von Staat und Gesellschaft. Allen voran geht hierin die PDI/P (Demokratische Partei Indonesiens/Kampf) der heutigen Präsidentin Megawati Sukarnoputri, die als Partei aus der Nationalpartei des Gründers der Republik, Sukarno, hervorgegangen ist und in dieser Tradition an der Bedeutung der Pancasila festhält. Dies gilt nach wie vor auch für Golkar, die vormals dominierende Partei unter Suharto, in der es heute jedoch einen ausgesprochen islamischen Flügel gibt. Die PKB (Partei der Auferstehung des Volkes) des vorherigen Präsidenten Abdurrahman Wahid versteht die Pancasila als religiös geprägten Humanismus, an dem sie festhält. Auch die von Amien Rais geführte PAN (Partei des nationalen Auftrags), die mit 7 % fünft stärkste Partei des Landes ist, steht zur Pancasila als der Grundlage der Verfassung, obwohl es in dieser Partei starke islamistische Tendenzen gibt.

Demgegenüber haben die islamischen Parteien den Islam zur Grundlage ihres Selbstverständnisses und ihrer Ziele und Aktivitäten gemacht. Die Durchsetzung der Scharia als staatliches Recht hat für sie Vorrang. Dies gilt ausgesprochen für die kleineren Parteien PK (Gerechtigkeitspartei) und PBB (Mond und Stern Partei), aber auch für die bedeutendere und schon seit der Zeit Suhartos existierende PPP (Vereinigte Aufbaupartei). Mit ihrem Vorsitzenden stellt sie heute den Vizepräsidenten der Republik und hat damit den Anspruch auf das höchste Staatsamt und seine Machtfülle, falls die heutige Präsidentin wie ihr Vorgänger vom höchsten Staatsorgan MPR (Oberste Volksversammlung) abgewählt werden sollte.

Indonesien ist wegen der Pancasila weder ein säkularer Staat noch wird er von der Religion der Bevölkerungsmehrheit dominiert. In seiner im Jahre 1945 in Kraft getretenen Verfassung heißt es in Artikel 29:

„(1) Der Staat ist gegründet auf den Glauben an Gott, den All-Einen. Der Staat garantiert die Freiheit eines jeden Bürgers, sich zu seiner jeweiligen Religion zu bekennen und gemäß seiner Religion und seinem Glauben Gottesdienst zu feiern.“

Damit ist die Bedeutung und die Freiheit der Religion verfassungsmäßig garantiert. In der praktischen Auslegung dieses Verfassungsrechts wird die Religionsfreiheit allerdings erheblich enger gefasst. Seit der „Erklärung von Bogor“, die der damalige Religionsminister 1963 herausgegeben hat, gibt es in Indonesien nur fünf offiziell anerkannte Religionen. Diese sind der Islam, der Protestantismus, der Katholizismus, der Buddhismus und der (Bali-) Hinduismus, die jeweils mit einer eigenen Abteilung im Religionsministerium vertreten sind. Im Jahre 2000 wurde auf Anordnung des damaligen Präsidenten Abdurrahman Wahid der Konfuzianismus als sechste Religion anerkannt.

Die nicht offiziell anerkannten religiösen Minderheiten dürfen nach den Vorschriften ihres Glaubens leben, sofern diese nicht der Verfassung widersprechen. So sind die Zeugen Jehovas verboten, denn, so heißt es, sie zahlen keine Steuern und lehnen die Staatsfahne und den Militärdienst ab und verbieten ihren Kindern, normale Schulen zu besuchen. Aber auch islamische Sekten wie die Darul Ar'kan sind aus ähnlichen verfassungsrechtlichen Gründen verboten. Die christlichen Sekten insgesamt unterstehen der Abteilung für Protestanten im Religionsministerium.

Es gibt vor allem in Mittel- und Ostjava die sog. „Aliran Kepercayaan“, die von javanisch-hinduistischen Traditionen beeinflussten islamisch-mystischen Glaubensströmungen mit schätzungsweise 30 bis 40 Millionen Anhängern, die bisher vergeblich versucht haben, als eigenständige Religionsgemeinschaft anerkannt zu werden. Sie gelten weiterhin als Muslime, auch wenn ihre religiösen Praktiken den Vertretern der „reinen Lehre“ des Islam ein Dorn im Auge sind.

Die Religionsfreiheit gemäß der Verfassung wurde offiziell insbesondere in der Zeit des Soeharto-Regimes als Verpflichtung ausgelegt, einer der anerkannten Religionen anzugehören. Hiervon waren und sind vor allem die Anhänger der traditionellen animistischen Religionen betroffen, die wie die Dayaks auf Kalimantan (Borneo) mehrheitlich zum Christentum übertraten.

Auch für Nichtgläubige gilt nicht die Religionsfreiheit im westlich-liberalen Sinn, denn Ungläubige darf es in Indonesien nicht geben. Wer keiner Religion angehört, gilt als Kommunist, und das war Jahrzehnte lang lebensgefährlich. Heute ist es leichter, Atheist zu sein. Allerdings darf es keine atheistischen Organisationen, Publikationen oder Propaganda geben. Sie widersprechen nach herrschender Meinung der Verfassung.

Der Religionsfreiheit im Sinne der Verfassung haben die relevanten politischen Kräfte zugestimmt, aber auch hier mit Ausnahme der islamischen Parteien. Sie wollen für die große muslimische Bevölkerungsmehrheit des Landes aus der Freiheit der Religionsausübung eine staatlich reglementierte Verpflichtung zur Einhaltung der Scharia machen. In der Jahressitzung der Obersten Volksver-

sammlung (MPR) im Jahre 2000 wurde der erneute Antrag zur entsprechenden Ergänzung der Verfassung von der national-orientierten Mehrheit abgelehnt und an den Ad-hoc-Ausschuss I zur Ergänzung der Verfassung überwiesen, wo er seither heftig diskutiert wird. Dabei stehen die betont islamischen Befürworter den moderaten Muslimen gegenüber, die es nach wie vor ablehnen, die Religion dem Staate unterzuordnen. Denn mit der erstrebten Einführung der Scharia wäre das religiöse Recht zum verbindlichen Staatsrecht gemacht und damit der entscheidende Schritt zum islamischen Staat getan.

Es gibt Gruppen, die intensiv auf das Ziel hinarbeiten, die Dominanz des Islam und seiner Gesetze in Staat und Gesellschaft zu verwirklichen. Hier sei ICMI (Verband der muslimischen Intellektuellen Indonesiens) genannt. Er wurde in den letzten Jahren des Suharto-Regimes unter der Leitung von Habibie, dem späteren Präsidenten der Republik, gegründet. Man sagt, der Verband sei inzwischen mit seinen Mitgliedern fast überall präsent: in Regierung und Verwaltung, in den Parteien, dem Militär und den Universitäten. Sein Ziel sei es, alle wichtigen Positionen in Staat und Gesellschaft zu besetzen und, so wird befürchtet, zunächst die Christen, dann aber auch die moderaten Muslime dort zu verdrängen⁶.

Was Dieter Becker für die Vergangenheit feststellte, hat offensichtlich weiterhin Gültigkeit. „Hinter den Auseinandersetzungen zwischen Islamisten und Nationalisten verbargen sich tiefe weltanschauliche und religiöse Gegensätze, die beide Gruppen trennten. Die Haltung der Islamisten zum Grundgesetz und zur Pancasila war nach dem Scheitern der Jakarta-Charta dadurch bestimmt, dass man die Muslime, wenn schon nicht über die Verfassung, so zumindest über die weitere Gesetzgebung zur Einhaltung der Scharia verpflichten wollte“⁷.

In der Frage der Ehegesetzgebung und des Erbrechts ist ihnen das offensichtlich weitgehend gelungen.⁸ Zuständig für die rechtliche Eheschließung sind die Vertreter der anerkannten Religionen. Problematisch wird dies bei religiös gemischten Paaren, wenn einer der Partner muslimisch ist. Vorbedingung für die islamische Eheschließung ist in solch einem Fall, dass der nicht-muslimische Partner zum Islam konvertiert. Umgekehrt verliert der muslimische Partner, der zu einer anderen Religionsgemeinschaft übertritt, alle erbrechtlichen Ansprüche, denn für Erbrechtsfragen sind die islamischen Gerichtshöfe zuständig, die den Abfall vom Islam mit dem Ausschluss vom Erbe sanktionieren.

2. Die Scharia

Was bedeutet es nun, die Scharia in Indonesien in Staat und Gesellschaft durchzusetzen? Dazu gibt es keine einhellige Antwort, weder auf Seiten der eifrigen oder fanatischen Befürworter noch auf Seiten der skeptischen bis ablehnenden Kritiker. Inhaltlich bedeutet die Scharia, dass das islamische Recht für alle Muslime verpflichtend wird. Die Scharia soll zur offiziellen Rechtsquelle gemacht und alle staatlichen Gesetze auf der Grundlage des Islam erlassen werden. Die Eiferer wollen eine islamische Gesellschaft nach dem Vorbild von Medina zur Zeit des Propheten Mohammed errichten, sodass die religiösen Minderheiten, vor allem die Christen, als „Schutzbefohlene“ zwar geduldet sind, aber nicht die gleichen Rechte wie die muslimische Mehrheit haben und somit zu Staatsbürgern zweiter Klasse werden⁹. Lokale religiöse Traditionen gelten als Aberglaube. Sie sind nicht mit dem Islam vereinbar und müssen „gereinigt“ werden. Dazu zählen auch die javanisch-mystischen Glaubensrichtungen des Islam, denen zig Millionen Javaner angehören. Die Vertreter des islamischen Purismus sind stark beeinflusst von der Staatsideologie Saudi-Arabiens, wo mit aller Härte und mittelalterlichen Strafen gegen Diebe, Ehebrecher etc. vorgegangen wird. Nach dem Willen der Fanatiker soll es auch in Indonesien weder Alkoholkonsum noch Prostitution geben dürfen. Für Frauen und Mädchen gilt die strenge Kleiderordnung, außer Haus den Schleier zu tragen. Auch die Ökonomie des Landes soll islamisiert werden. Zinsen wird es dann nicht mehr geben. Statt dessen soll der Ertrag geteilt werden. Im Vorgriff auf diese Visionen unternimmt schon heute die radikale „Front der Verteidiger des Islam“ (FPI) Gewaltaktionen, zerstört Alkohol-Reklame oder schließt Glücksspielstätten und Bordelle.

Die gemäßigten Verfechter der Scharia lehnen diese Gewaltmethoden ab. Sie verstehen die Scharia als Lebensform der Muslime, so wie jede andere religiöse oder ethnische Gruppe ihr Gewohnheitsrecht oder ihren Verhaltenskodex habe. Im allgemeineren Sinne könne man die Scharia als Ethik oder Moral des Lebens bezeichnen, im engeren Sinne als islamisches Recht, das in jedem muslimischen Land und jedem Gesellschaftssystem anders verwirklicht werde, in Saudi-Arabien mit Härte, in Ägypten und ebenso in Indonesien offener und weniger repressiv.

Die Gegner einer staatlich sanktionierten Verpflichtung zur Scharia wollen sich auf solche Erklärungen nicht einlassen. Es schreckt der Zwang im System. Insbesondere die Vertreter der religiösen Minderheiten sind alarmiert. Es artikuliert sich eine Gegenbewegung in der Bevölkerung und der Presse, die vor allem von Frauengruppen getragen wird. Man will keine Scharia-Polizei, die das Leben überwacht.

Es stellt sich die Frage, welche Chancen für die Einführung der Scharia in Indonesien bestehen. Und man muss zugeben, dass diese mit dem Autonomie-Gesetz, das seit Anfang 2001 für alle Provinzen in Kraft ist, erheblich gestiegen sind. Zwar bleiben nach diesem Gesetz bestimmte Politikbereiche, zu denen auch die Religion zählt, der Zentralregierung vorbehalten. Aber in vielen Provinzen wird die Autonomie als Freibrief verstanden, auch hinsichtlich der Scharia. Nachdem das indonesische Parlament die Einführung der Scharia für die Provinz Aceh beschlossen hat, wollen auch andere Provinzen wie Süd-Sulawesi und West-Java diesem Beispiel folgen.

II. Die Realitäten

1. Die Zerstörung von Kirchen

Zu den Realitäten im heutigen Indonesien gehört die Gewalt gegen die Religionen und ihre Symbole. An erster Stelle ist hier die wachsende Zahl zerstörter Kirchen und kirchlicher Einrichtungen zu nennen. Seit Bestehen der Republik bis Ende Januar 2001 wurden insgesamt 825 christliche Kirchen durch Gewalteinwirkung total zerstört, erheblich beschädigt oder durch die Behörden verboten bzw. geschlossen¹⁰. Das Ausmaß der Zerstörungen reicht von eingeworfenen Fenstern und aufgebrochenen Türen sowie verwüsteten Innenräumen und entweihten kultischen Geräten und Büchern bis hin zur totalen Zerstörung durch Abbrennen der Gebäude. In der o.g. Zahl sind die zur gleichen Zeit zerstörten Pfarr- und Gemeindehäuser, Schulen, Kindergärten, Schwestern- und Waisenhäuser und anderen kirchlichen Einrichtungen nicht enthalten.

Erschreckend ist die Steigerungsrate der Zerstörungen, die an den monatlichen Durchschnittszahlen (nach den absoluten Zahlen in Klammern angegebenen) deutlich abzulesen ist. Während in den 21 Regierungsjahren des ersten Präsidenten, Sukarno, nur insgesamt 2 Kirchen zerstört wurden (d.h. monatlich 0,008), waren es in den 32 Jahren unter Präsident Suharto insgesamt 456 (d.h. monatlich 1,2), in den 17 Monaten unter Präsident Habibie insgesamt 156 (d.h. monatlich 9,2) und in den 15 ersten¹¹ Monaten unter Präsident Abdurrahman Wahid insgesamt 211 (d.h. monatlich 14). Enthalten in diesen Zahlen sind die Zerstörungen infolge der Konflikte auf den Molukken und im Poso-Gebiet in Mittel-Sulawesi, wo seit Anfang 1999 insgesamt 192 Kirchen (und 28 Moscheen) zerstört bzw. beschädigt wurden.

Beobachter machen darauf aufmerksam, dass die Zahl der Kirchenzerstörungen in den letzten Jahren eine abnehmende Tendenz zeigt, wenn man die genann-

ten Konfliktgebiete nicht berücksichtigt¹². Waren es im letzten Regierungsjahr Soehartos (1997/98) noch monatlich 8,3 Kirchen, die zerstört wurden, so sank die Zahl unter Habibie bereinigt auf monatlich 6,6 und unter Abdurrahman Wahid auf 4,3. Ob dies als ein Zeichen der Hoffnung oder aber als Verlagerung des Phänomens in Konfliktgebiete zu werten ist, muss die Zukunft zeigen.

Es gibt unterschiedliche Interpretationen des Gewaltphänomens in Indonesien, unter dem die religiösen Minderheiten wie in sonst keinem anderen Lande Südostasiens zu leiden haben. Man verweist auf das Konfliktpotential und die zunehmenden sozialen Spannungen bei einer Arbeitslosenquote von inoffiziell mehr als 40%, die insbesondere die Jugendlichen trifft. Untersuchungen machen deutlich, dass Kirchenzerstörungen häufig im Zusammenhang mit Gewaltausbrüchen von Volksmassen stattfinden. Ein Beispiel hierfür sind die Ereignisse am 26. Dezember 1996 in der Stadt und dem Umland von Tasikmalaya in West-Java.¹³ Innerhalb von nur 24 Stunden wurden von den fanatisierten Massen neben 15 Kirchen unterschiedlicher christlicher Konfessionen folgende Gebäude und Einrichtungen zerstört: 18 Polizeiposten bzw. -zentralen, 3 Hotels, 6 Banken, 8 Fabriken, 7 Super-Märkte, 4 christliche Schulen, 8 Auto-Geschäfte und 89 weitere chinesische Geschäfte und Restaurants. Dazu mehr als 100 Autos. Angesichts des Ausmaßes der Zerstörungen war der Anlass eher nichtig, wenn auch nicht harmlos. Ein muslimischer Geistlicher war am Tage zuvor in einer Polizeistation schwer misshandelt worden, doch hatten sich beide Seiten, der Chef der Polizei und der Leiter der nahe gelegenen muslimischen Internatsbildungsstätte (Pesantren), bereits geeinigt, den Vorfall friedlich beizulegen. Am nächsten Morgen wurde dann aber von islamischen Studenten (Santri), die sich mit dieser Regelung nicht zufrieden geben wollten, in der großen Moschee der Stadt ein Protestgottesdienst veranstaltet, der jedoch bald von radikalen Elementen in einen gewaltsamen Massenprotest umfunktioniert wurde. An den anschließenden Plünderungen und Zerstörungen beteiligten sich Zehntausende, die aus den Dörfern des Umlandes herbeigeeilt waren. Die Sicherheitskräfte hatten sehr schnell die Kontrolle über die Stadt verloren.

Wie soll man diese Gewaltbereitschaft und Zerstörungswut der Massen erklären? Wissenschaftler weisen darauf hin, dass es sich vorwiegend um benachteiligte ländliche Bevölkerungsgruppen handelt, die nicht am Fortschritt partizipieren und ihm misstrauisch und ablehnend gegenüberstehen. Sie fühlen sich und ihr traditionell von der islamischen Religion bestimmtes einfaches Leben durch das Eindringen der westlichen Welt bedroht und sind schnell bereit, die Symbole der Moderne – Banken, Super-Märkte, Fabriken und auch Kirchen – zu zerstören. Dieses Muster der Gewalt sehen die Forscher auch bei anderen Massenausschreitungen, so in Surabaya, Situbondo, Banjarmasin u.a.

Doch es fällt auf, dass es sich insbesondere bei den Angriffen auf christliche Kirchen nicht um blinde Zerstörungsaktionen handelt. Denn die Übergriffe geschehen in der Regel nicht spontan, sondern offensichtlich wohl geplant. Oft scheint man nur auf irgend einen Anlass zu warten, um die Leute zu Gewaltakten gegen Kirchen anzustacheln. Voraus gehen häufig anonyme Briefe, die die Menschen vor drohender Christianisierung warnen. Beteiligt an den Ausschreitungen sind selten die Bewohner der Nachbarschaft, die im Gegenteil oft versuchen, die christlichen Einrichtungen zu schützen. Die Speerspitze des Mobs sind meist fanatisierte Studenten und Schüler islamischer Einrichtungen¹⁴, die mit Molotow-Cocktails und Benzinbomben ausgerüstet und dem Ruf, „Allah ist groß!“, die Aktionen anführen¹⁵. Die eigentlichen Drahtzieher wurden noch nie gefasst. Aber vieles weist darauf hin, dass radikal-islamische Fanatiker die Gunst der Stunde und die Frustration und Gewaltbereitschaft der Menschen für ihre Ziele nutzen. Zudem stecke viel Geld dahinter, wie häufig betont wird. Jugendliche, die nach Augenzeugenberichten in großer Zahl auf Lastwagen herangekarrt werden, lassen sich leicht für etwas Geld anwerben.

Bisher haben die Angreifer lediglich Gebäude und Einrichtungen zum Ziel ihrer Zerstörung gemacht, wobei sie den Tod von Menschen durchaus in Kauf nahmen. So wurden beim Niederbrennen der 'Pentekosta Pusat Surabaya-Kirche' in Situbondo ein altes Missionarsehepaar, ihre Tochter mit Enkelin und eine weitere junge Frau in ihrer angrenzenden Wohnung vom Feuer eingeschlossen und kamen in den Flammen zu Tode. Doch richteten sich die Aktionen offenbar nicht gezielt gegen Menschenleben. Es gibt Befürchtungen, dass sich das ändern könnte, so dass statt der Kirchengebäude die Kirchenführer selber zur Zielscheibe des Terrors würden. Auch jetzt schon gehen manche Gläubige nur noch voller Angst zu ihren Gottesdiensten, weil sie nach den Bombenexplosionen der Vergangenheit jederzeit mit neuen Anschlägen rechnen müssen.

2. Diskriminierungen

Es gibt in Indonesien offiziell keine die religiösen Minderheiten diskriminierenden Vorschriften, aber in der Praxis sieht das häufig anders aus. So haben christliche Beamte und Angestellte in Regierung und Verwaltung es zunehmend schwerer, befördert zu werden. Immer mehr erhalten sie nur noch untergeordnete Funktionen, während Muslime die Führungspositionen besetzen. Das gelte auch, meinen Beobachter, immer mehr für die staatlichen Universitäten. Im Militär und in der Polizei erreichten Christen bis vor einigen Jahren noch höchste Kommandopositionen. Heute, sagt man, sei das nicht mehr möglich. Allerdings wird die Situation nicht von allen Kennern des Landes so pessimistisch

beurteilt, und es wird darauf hingewiesen, dass Christen weiterhin öffentliche Führungspositionen einnehmen¹⁶. Insgesamt wird man, wenn auch mit Einschränkungen, sagen dürfen, dass die Tendenz zu beobachten ist, den Einfluss von Christen und anderen religiösen Minderheiten in öffentlichen Funktionen immer mehr zurück zu drängen.

Dies gilt wohl auch für die politischen Parteien. Zwar haben die Christen bis jetzt noch eine Chance in der PDI/P (Demokratische Partei Indonesiens/ Kampf) der heutigen Staatspräsidentin Megawati Sukarnoputri. Aber in der großen Partei Golkar, die die Christen zu Beginn der Suharto-Aera mitgegründet haben, werden diese immer mehr aus den Führungspositionen hinaus gedrängt. Die neue Partei PAN (Partei des nationalen Auftrags) war zu Anfang für alle Bevölkerungsgruppen offen. Jetzt versucht vor allem A.M. Fatwa, einer ihrer Führer, die Partei auf einen islamistischen Kurs einzuschwören.

Eine viel beklagte und für die christlichen Gemeinden schwerwiegende Diskriminierung in den meisten Landesteilen mit muslimischer (und auf Bali hinduistischer) Mehrheit der Bevölkerung ist die permanente Verweigerung der Bauerlaubnis für christliche Kirchen und Gemeindehäuser. Die Behörden berufen sich dabei auf eine gemeinsame Entscheidung des Innen- und des Religionsministers aus dem Jahre 1969¹⁷ nach der eine Bauerlaubnis davon abhängig gemacht wird, dass 40 Familienoberhäupter der Nachbarschaft ihre Zustimmung zum Kirchbau erklären. Für die christliche Minderheit ist es äußerst schwierig, diese Zustimmung von der muslimischen Mehrheit zu bekommen. Zudem wird dieses Dekret in einigen Landesteilen von den lokalen Behörden de facto noch restriktiver gehandhabt¹⁸. Diese Auflagen grenzen an Schikanen und sind ganz klar gegen die Verfassung, die allen indonesischen Staatsbürgern das Recht garantiert, gemäß ihrer Religion Gottesdienst zu feiern. Dieses verfassungsmäßige Recht wird eindeutig auch dann verletzt, wenn den christlichen Gemeinden von den Behörden verwehrt wird, ein rechtmäßig errichtetes, aber vom Mob zerstörtes Gotteshaus wieder aufzubauen, oder wenn den Gemeinden verboten wird, sich in ihren privaten Wohnungen zum Gottesdienst zu versammeln¹⁹. Dass finanzielle Hilfen des Staates vornehmlich zur Errichtung von Moscheen gegeben werden, sei nur am Rande erwähnt.

Christliche Privatschulen in Indonesien werden wegen ihres hohen Leistungsniveaus und ihrer Unterrichtsdisziplin auch von vielen andersgläubigen, vor allem muslimischen Schülerinnen und Schülern besucht. Deren Eltern erklären sich damit einverstanden, dass ihre Kinder am christlichen Religionsunterricht dieser Schulen teilnehmen. Die Ministerien für Bildung und Religion haben jedoch bestimmt, dass jeder Schüler auch an privaten Schulen am Unterricht in seiner eigenen, z.B. islamischen Religion teilnehmen muss. Durch die

sen Beschluss sehen sich die christlichen Privatschulen in ihrer Unterrichtsfreiheit erheblich beeinträchtigt, denn sie müssten gegebenenfalls für die Mehrheit ihrer Schüler islamischen Religionsunterricht erteilen und so den christliche Charakter ihrer Schulen aufgeben.

Im März 2001 verschärfte das Innenministerium den genannten Beschluss, indem es – allerdings vorerst nur für die Stadt Yogyakarta – festlegte, dass Schulabschlussexamen nur dann anerkannt werden, wenn die Prüfung im Fach der Religion, der ein Schüler angehört, bestanden wurde. Damit wird andersgläubigen Kindern entgegen dem Willen ihrer Eltern der Besuch christlicher Privatschulen praktisch unmöglich gemacht.

Erwähnt werden sollen auch die Benachteiligungen, die nicht anerkannte religiöse Minderheiten und insbesondere Nichtgläubige erfahren, falls sie etwa einen Personalausweis benötigen. Auf dem Ausweis kann nur eine anerkannte Religion eingetragen werden. Vor dem selben Dilemma stehen Angehörigen dieser Personengruppe, wenn sie ein Heiratsdokument brauchen, vor allem, wenn jemand Beamter werden möchte. Sie können nicht rechtsgültig heiraten und müssten aus formalen Gründen einer anerkannten Religion beitreten. Das ist für beide Seiten sehr unbefriedigend und verletzt die Freiheit der religiösen Überzeugung.

III. Brennpunkte der Gewalt

1. Der Konflikt auf den Molukken

Die offenen Feindseligkeiten zwischen Christen und Muslimen auf den Molukken brachen am Idulfitri-Fest im Jahre 1999 aus. Angesichts der dann folgenden und bis heute andauernden Kämpfe und unglaublichen Zerstörungen war der unmittelbare Anlass banal: ein Streit zwischen einem christlichen Taxifahrer und einem muslimischen Geldeintreiber, der von diesem „Schutzgeld“ erpressen wollte. In diesem privaten Streit erhielten beide Seiten Unterstützung von ihren Leuten, so dass die Auseinandersetzung eskalierte, wobei sich zwei religionsverschiedene Gruppen gegenüberstanden. Es wurden Rikschas auf der Straße zerstört und Häuser von Christen und von Muslimen angezündet. Als sich dann das Gerücht verbreitete, die altehrwürdige protestantische Siloe-Kirche solle in Brand gesetzt werden, kam es zur Mobilisierung der Massen. Die Stimmung zwischen Christen und Muslimen war schon lange sehr gereizt, und beide Seiten schienen auf einen Konflikt vorbereitet gewesen zu sein, denn vom ersten Tag an trugen die Christen, d.h. die Protestanten, rote Stirnbänder als Erkennungszeichen und die Muslime weiße.

Die Kämpfe und Zerstörungen

Am nächsten Morgen erreichte zwei muslimische Dörfer bei Ambon die, wie sich zu spät heraus stellte, falsche Nachricht, dass die Al Fatah Moschee in Ambon von Christen umzingelt und in Brand gesetzt und viele Muslime getötet worden seien. Dies hatte den gleichen Mobilisierungseffekt wie tags zuvor bei den Christen. Die kampfbereiten muslimischen Massen setzten sich Richtung Ambon in Bewegung und zerstörten unterwegs eine katholische und drei evangelische Kirchen und töteten dabei sechzehn Christen, darunter Frauen und Kinder. Die Ausschreitungen griffen dann auf andere Ortsteile und Dörfer über und wurden in den nächsten Tagen und Wochen mit wachsender Brutalität gegenseitig fortgesetzt.

Die Welle der Gewalt und Zerstörung erreichte sehr bald auch die Nachbarinseln. Wie bei den alten Stammesfehden griffen die Bevölkerungsgruppen ihre andersgläubigen Nachbarn an und zerstörten deren Dörfer und Gotteshäuser. Dabei kam es häufig zu Präventiv-Überfällen der einen Seite, um dem vermeintlichen Angriff der anderen zuvor zu kommen. Besonders hart und grausam wurde jedoch in Ambon gekämpft. Es kam zu vielen Toten auf beiden Seiten. Auffällig war, dass Polizei und Militär kaum eingriffen. Christen berichten, dass Soldaten auf Seiten der Muslime an den Kämpfen teilnahmen.

Während gegen Mitte März die Kämpfe in Ambon zunächst abflauten, kam es im Südosten der Molukken, auf den Kei-Inseln, zum Ausbruch heftiger Gewalttätigkeiten entlang der ethno-religiösen Trennlinie in der Bevölkerung. Zahlreiche muslimische und christliche, vorwiegend protestantische, Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht. Zehntausende Flüchtlinge suchten Zuflucht in kirchlichen Schulen und öffentlichen Einrichtungen. Doch dank des Einflusses vor allem der katholischen Kirche und begünstigt durch das noch intakte Adat (traditionelles Gewohnheitsrecht) gelang es schon nach wenigen Wochen, die Feindseligkeiten zu beenden und einen Frieden wieder herzustellen, der bis heute anhält.

Auch in Ambon versuchten die religiösen Führer beider Seiten, mäßigend auf ihre Anhängerschaft einzuwirken. Die katholische Kirche und vor allem ihr Bischof Petrus Canisius Mandangi M.S.C. verstanden sich als Vermittler zwischen den verfeindeten Parteien, denn zumindest in dieser ersten Phase waren die katholischen Christen nicht in die blutigen Auseinandersetzungen involviert. Das neu gegründete „Krisenzentrum“ der Diözese stand allen Hilfsbedürftigen offen und koordiniert bis heute die Hilfeleistungen für tausende Flüchtlinge aus Ambon und von den Nachbarinseln. Auf muslimischer Seite waren unter den ersten Flüchtlingen die vielen zugezogenen Butonesen und Buginesen, hart arbeitende Leute, die sich besonders im Kleinhandel einen gewissen Wohlstand erworben hatten

und nun alles verloren haben. Die meisten von ihnen kehrten in ihre Heimatgebiete in Süd-Sulawesi zurück²⁰, während viele Christen, vor allem von den Inseln der Nord-Molukken, in die überwiegend christlichen Gebiete der Provinz Nord-Sulawesi flohen. Insgesamt schätzt man die Zahl der Flüchtlinge in und aus den Molukken bis heute auf rd. 500.000²¹, etwa je zur Hälfte Christen und Muslime²².

Angesichts der in der zweiten Jahreshälfte 1999 immer wieder aufflammenden Gewalttätigkeiten und Grausamkeiten, bei denen beide Seiten sich in der Zerstörung von Wohnhäusern, Kirchen bzw. Moscheen und vor allem Menschenleben in nichts nachstanden, kam es immer wieder zu Bemühungen um Frieden. Hier sei die Initiative der „Bewegung betroffener Frauen“ (Gerakan Perempuan Peduli) hergehoben, die auch die muslimischen Frauen einbeziehen wollte, sich aber zunächst auf Katholiken und Protestanten beschränken musste. Diese Frauen wurden beim Gouverneur, dem Bürgermeister von Ambon, dem Provinzparlament, der Polizei, einfach überall vorstellig, um eine Einstellung der Kämpfe zu fordern und den Frieden zu fördern. Sie haben viel unternommen. So versammelten sie hunderte Jugendliche beider Seiten zu Gemeinschaftsveranstaltungen, um den gegenseitigen Hass abzubauen. Unter ihrer Mitwirkung wurden die beiden Ortsteile Nania und Pohon Pale in Ambon zu Friedenszonen erklärt. Aber beide Konfliktparteien stellten sich gegen sie. Muslimische Frauen, die mitmachen wollten, wurden von ihren eigenen Leuten bedroht.

Ende Dezember 1999 kam es dann zu einem erneuten Höhepunkt der Auseinandersetzungen, als die alte, geschichtsträchtige protestantische Hauptkirche Siloe in Ambon in Flammen aufging und bis auf die Grundmauern abbrannte. Als Antwort darauf wurde die große Moschee niedergebrannt. Aber schon im Februar 2000 beruhigte sich die Lage. Auf beiden Seiten mehrten sich die Stimmen, die ein Ende des sinnlosen Mordens und der Gewalt forderten. Doch dann erschienen Akteure in der Szene, die die Chance auf Frieden bis heute nachhaltig zunichte machten. Von März bis Mai kamen etwa 10.000²³ „heilige Krieger“ der Laskar Jihad-Milizen aus Java, und damit änderte sich die Lage radikal. Während bis zu diesem Zeitpunkt die einheimischen Christen und Muslime sich im wesentlichen mit einfachen, selbst gemachten Waffen bekämpften und mehr oder weniger ein Gleichgewicht der kämpfenden Parteien bestand, kamen nun Kämpfer aus anderen Teilen Indonesiens. Sie waren ausgerüstet mit modernen Waffen und Teile des überwiegend muslimischen Militärs schlossen sich ihnen an. Damit änderte sich die Machtbalance zugunsten der Muslime²⁴.

Am 7. Januar 2000 riefen zweiundzwanzig militante Muslim-Organisationen auf einer Großveranstaltung mit mehreren hunderttausend Teilnehmern am „Monas“ (National Monument) in Jakarta zum heiligen Krieg in Ambon und auf den Molukken auf, „um ihre muslimischen Brüder und Schwestern von den christ-

lichen Unterdrückern zu befreien“²⁵. Auf dieser Großveranstaltung hielten zwei Spitzenpolitiker, die heute in Indonesien eine prominente Rolle spielen, Begrüßungsansprachen an die Teilnehmer: Amien Rais, der damalige und heutige Präsident der MPR (Oberste Volksversammlung), und Hamzah Haz, heute Vizepräsident der Republik²⁶. Abdurrahmat Wahid, damals Präsident, hatte es abgelehnt, eine Delegation der Milizen im Präsidenten-Palais zu empfangen. Sein Befehl, die Jihad-Milizen am Verlassen Javas zu hindern, wurde von hohen Militär- und Polizeichefs ignoriert. Sogar die Waffen konnten nach Ambon verschifft werden²⁷.

Oberster Befehlshaber der Laskar Jihad ist Ustadz (isl. Lehrer) Ja'far Umar Thalib, der in Medina studiert und sich dort der in Saudi Arabien herrschenden, streng islamischen Wahhabi-Bewegung angeschlossen hat. Er erhielt seine militärische Ausbildung bei den Taliban-Guerillas in Afghanistan und kämpft mit seinen Anhängern und Sympathisanten für die Umwandlung Indonesiens in einen Islamstaat. Seine Jihad-Kämpfer hatte er zu Tausenden für einige Wochen in einem Ausbildungslager bei Bogor nicht weit von der Hauptstadt militärisch trainiert. Heute befindet sich das Hauptlager bei Kaliurang nördlich von Yogyakarta. In Ambon hat er in seinem Einflussbereich die Gesetze der Scharia zur Pflicht gemacht. Er erregte großes Aufsehen in Indonesien und Beachtung in der internationalen Presse, als er am 27. März 2001 nach seinen Worten „wohl zum ersten Mal in der Geschichte Indonesiens“ einen Muslimen, einen seiner Milizen, wegen Ehebruchs steinigen ließ²⁸. Der Rat der religiösen und militärischen Anführer der Muslime in Ambon hat in einer öffentlichen Erklärung den Vorwurf der Verletzung der Menschenrechte zurückgewiesen, weil es sich bei der Steinigung um die Befolgung von Gottes Gesetz handle²⁹.

Seit dem Eintreffen der Jihad-Kämpfer hat sich die Bürgerkriegssituation auf den Molukken erheblich verschlimmert. Die Angriffe und Überfälle der fanatisierten islamischen Massen auf die Dörfer und Siedlungen der Christen wurden zum Instrument ethno-religiöser Säuberung. Jetzt wurden auch die Katholiken und ihre Kirchen und Einrichtungen nicht mehr verschont. Das katholische Krankenhaus RS Hative in Ambon wurde niedergebrannt. Das Gleiche geschah mit der protestantischen Universität UKIM. Einige Tage später wurde die von Protestanten dominierte staatliche Universität Pattimura völlig zerstört. Zehntausende der Christen waren nun auf der Flucht und suchten Schutz u.a. in Polizeistationen. Auf ein Ultimatum der Laskar Jihad hin musste die Polizeizentrale in Batumeja von den christlichen Flüchtlingen geräumt werden.

Die Jihad-Kämpfer erhalten offensichtlich aktive Unterstützung von Seiten ihrer Glaubensbrüder im Militär, denn nur mit deren Hilfe war es möglich, dass die Laskar Jihad am 21. und 22. Juni 2000 das Hauptquartier der Polizei in Tanti, Ambon, mit Kaserne und Wohnkomplex für 2000 Familienangehörige über-

rennen und in ein ausgebranntes Ruinenfeld verwandeln konnte. Die Angreifer erstürmten zwei Waffendepots und erbeuteten 832 Gewehre, 8000 Patronen und Dutzende Uniformen der mobilen Polizeibrigade (Brimob)³⁰.

Zwangsislamisierungen

Ein besonders schmerzhaftes Kapitel der Auseinandersetzungen auf den Molukken stellt die erzwungene Islamisierung tausender protestantischer und katholischer Christen dar. Obwohl die islamische Seite und teilweise auch die Behörden die Sache herunter spielen oder sogar leugnen, sprechen die Fakten eine eindeutige Sprache. Und es dürfte auch kein Zufall sein, dass diese eklatanten Menschenrechtsverletzungen erst geschahen, seit die Laskar Jihad das Kommando der Muslime übernommen hat.

Am 23. November 2000 und in den darauf folgenden Tagen wurde auf der Insel Kesui ein christliches Dorf nach dem anderen von muslimischen Kämpfern überrannt und die Bewohner, die sich wehrten oder nicht in Sicherheit bringen konnten, getötet, die Häuser niedergebrannt und die Kirchen zerstört³¹. Einigen hundert Christen gelang es, auf die Nachbarinseln zu entkommen. Insgesamt 625 Katholiken und Protestanten retteten sich zunächst ins Innere der Insel. Da diese jedoch nicht sehr ausgedehnt ist, wurden sie bald gefangen und vor die Wahl gestellt, sich entweder beschneiden zu lassen oder auf der Stelle getötet zu werden. Genau so erging es den 140 Christen der Dörfer Korfutin und Korlokin, die am 11. Dezember 2000 auf der Nachbarinsel Teor als erste von den Laskar Jihad gezwungen wurden, sich öffentlich beschneiden zu lassen, und zwar Männer wie Frauen.

Einige Monate vorher schon waren auf den Inseln Seram, Buru und Bacan insgesamt etwa 6.000 Christen gezwungen worden, sich zum Islam zu bekennen. P. Yos Kuda Makin SVD, Pfarrer der Pfarrei Masohi auf Seram, versucht alles, den Schleier des Schweigens zu zerreißen, der von den Behörden über diese Zwangsislamisierungen ausgebreitet werden soll. Inzwischen konnten etwa 800 Christen, die unter Zwang beschnitten worden waren, von den Inseln Kesui und Teor evakuiert werden. Ein großer Teil dieser noch immer traumatisierten Beschneidungsopfer ist heute in der Stadt Ambon in einer Kirche untergebracht. Aber es waren viel mehr, die auch auf anderen Inseln unter Gewaltandrohung gezwungen wurden, ihre Religion zu wechseln. Was geschieht mit ihnen? Werden sie das gleiche Schicksal erleiden wie jene christlichen Dörfer und deren Bewohner im Innern der Provinz Süd-Sulawesi, die durch die islamische Aufstandsbewegung der Jahre 1948-1961 ausgerottet wurden, ohne das dies je juristisch aufgearbeitet worden wäre?

Am 23. Dezember 2000 versammelten sich etwa 500 Kirchenführer aller christlichen Konfessionen in der Maranatha-Kirche in Ambon zum öffentlichen Protest gegen die Zwangsislamisierungen, die in krassem Widerspruch zu den Grundsätzen des Pancasila-Staates Indonesien stehen. Anschließend überreichten sie dem Gouverneur als dem Vertreter der indonesischen Regierung ein Manifest gegen die unglaublichen Verletzungen der Menschenrechte auf den Molukken, inbegriffen die Zwangskonversionen zum Islam.

Ursachen

Bei den nun schon so lange anhaltenden gewalttätigen Auseinandersetzungen auf den Molukken stellt sich die Frage nach den Gründen für diesen blutigen Streit. Die Beobachter sind betroffen angesichts der Eruption von Hass und Unmenschlichkeit zwischen den nach ihrer Religion verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Beim genaueren Hinsehen kann man erkennen, dass die Religionsverschiedenheit vor allem einen Mobilisierungseffekt bewirkte, nicht aber die eigentliche Ursache in diesem Konflikt war. Der umfassende Ursachenkomplex kann hier nur angedeutet werden.

Die Protestanten hatten traditionell eine starke Stellung in der Provinzverwaltung und dem Bildungs- und Gesundheitswesen. Gerade das moderne Schulwesen, das die Christen wie im übrigen Indonesien so auch auf den Molukken im Unterschied zur muslimischen Bevölkerung intensiv aufgebaut hatten, gab ihrer Elite den notwendigen Bildungsvorsprung bei der Besetzung der politischen Positionen in der Provinz nach dem Abzug der Niederländer. Präsident Sukarno war 1950 nach der Niederwerfung der „Republik der Südmolukken“ (Republik Maluku Selatan) politisch klug genug, diese Position der (protestantischen) Christen nicht anzutasten. So stellten sie wiederholt den Gouverneur und den Militärführer. Zudem förderte Sukarno das Gebiet durch nationale Projekte³². In den folgenden Jahrzehnten änderte sich diese Situation, denn Suharto setzte immer mehr auf die Unterstützung der Muslime. Die Christen wurden aus ihren Spitzenpositionen in der Verwaltung verdrängt und kein Protestant wurde mehr zum Gouverneur oder Militärführer der Provinz ernannt. Dazu kam der wachsende Einfluss der wirtschaftlich erfolgreichen muslimischen Zuwanderer, die den Kleinhandel dominierten und bald in der Lage waren, ihren Kindern eine gute Schulbildung und damit eine entsprechende Position in der Gesellschaft zu ermöglichen. Zudem wurde die Balance zwischen den Bevölkerungsgruppen nachhaltig verändert, seit die Zentralregierung die Insel Seram in den Zentralmolukken zu einem der Zielgebiete für die innerstaatliche Umsiedlung bestimmte. Da viele der fast ausschließlich muslimischen Umsiedler bald ihr Siedlungsgebiet

wieder verließen und ihr Auskommen in der Stadt suchten, wurde dort der Bevölkerungsdruck auf das verfügbare Land und damit die Konfliktsituation unter den Bevölkerungsgruppen immer akuter.

Im Unterschied zu den Christen, die durch die calvinistischen Niederländer begünstigt wurden, stand die muslimische Bevölkerung der Molukken in innerer Opposition zu den christlichen Kolonialherren und dem Einfluss, den diese verkörperten. Wie in anderen Teilen Indonesiens verweigerten sich die Muslime lange dem modernen, westlich orientierten Bildungswesen und gerieten damit gegenüber den Christen, die diese Berührungsängste nicht kannten, in die Defensive. In diesem Zusammenhang ist es aufschlussreich, dass die Muslime die christlich dominierten Universitäten in Ambon zerstört haben. Die Distanz zwischen den beiden Gruppen wird auch deutlich, wenn man erfährt, dass es auf der Insel Saparua bei Ambon muslimische Dorfalte gibt, die noch heute wissen, dass nach der Niederlage gegen die Niederländer im 17. Jahrhundert ein Teil ihres Gebietes zu Gunsten der christlichen Nachbardörfer, die sich mit den Fremden verbündet hatten, enteignet wurde und sie dieses Gebiet noch immer zurückfordern³³.

Ein wichtiger Faktor zumindest in der Anfangsphase des Konflikts waren die ambonesischen Gangster, organisiert in christlichen bzw. muslimischen Banden, die in Jakarta im Dezember 1998 zu Hunderten von den Sicherheitsbehörden aufgegriffen und in die Provinzhauptstadt Ambon zurück geschickt wurden. Dort haben sie sich, wie beabsichtigt, auf beiden Seiten an den gewaltsamen Auseinandersetzungen beteiligt. Es gibt Hinweise, dass Kreise pensionierter und aktiver Militärs in Verfolgung eigener politischer Ziele intensiv darauf hingearbeitet haben, die vorhandenen Spannungen zwischen den christlichen und muslimischen Bevölkerungsgruppen in den Molukken zu schüren und Chaos zu schaffen³⁴.

Eine entscheidende Rolle in der Ausweitung und Verschärfung des Konflikts auf den Molukken spielte auch das Netzwerk militanter Muslime, das die Rekrutierung und Entsendung der 10.000 Jihad-Kämpfer organisierte und dabei eng mit interessierten Militärs zusammen arbeitete. Zu dieser Gruppierung zählt der pensionierte Brigadegeneral Rustam Kastor, den G. Aditjondro als den „ideological father of the violence in Maluku“³⁵ bezeichnet. Kastor gab die pseudo-wissenschaftliche Rechtfertigung für die Entsendung der Laskar Jihad auf die Molukken, denn nach seiner These, die er auch in Buchform publizierte, planten dort die Christen die Wiedererrichtung der Republik der Südmolukken und die Ausrottung der Muslime. Hinter diesen finsternen Plänen standen nach seiner Auffassung nicht nur die Protestantische Kirche der Molukken sondern auch der dortige Zweigverband der PDIP, der Partei der heutigen Staatspräsidentin Megawati

Sukarnoputri³⁶. Fatal an solchen abstrusen Vorstellungen ist, dass sie gelesen werden und das Klima vergiften. Kastor ist heute Mitglied im Rat der Muslime der Molukken.

Die Bilanz der Gewalt bis heute ist erschreckend. Mehr als 10.000 Menschen wurden ermordet. Hunderttausende mussten aus ihrer Heimat fliehen. Viele Dörfer liegen in Schutt und Asche und die Provinzhauptstadt Ambon ist in weiten Teilen ein ausgebranntes Trümmerfeld. Bis jetzt wurden 175 christliche Kirchen zerstört, die Mehrzahl von ihnen vollständig. Auch 28 Moscheen wurden niedergebrannt³⁷. Die Zerstörung der Moscheen erfolgte ausschließlich im ersten Jahr der Auseinandersetzungen, ab dem Jahre 2000 nicht mehr. Die Zerstörung von Kirchen durch die Laskar Jihad geht bis heute weiter.

Die wiederholte und dringende Forderung an alle Parteien zur Beendigung der Feindseligkeiten blieb bis jetzt ohne Erfolg. Die Vertreter der beiden christlichen Kirchen sind sich einig in ihrem Aufruf zum Frieden. Von Anfang an hat der katholische Bischof Mandagi immer wieder an alle Konfliktparteien sowie an die lokalen Behörden, an die Regierung in Jakarta und an die internationale Öffentlichkeit appelliert, zu einer gerechten Lösung des Konfliktes beizutragen. Im April 2001 hat Bischof Mandagi zusammen mit Vertretern der Protestanten und mit Muslimen die Menschenrechtskommission der UNO in Genf aufgesucht. Diese Gruppe ist gemeinsam bei der EU in Brüssel und bei europäischen Regierungen vorstellig geworden, um auf die Menschenrechtsverletzungen und die Notsituation auf den Molukken aufmerksam zu machen. Den Friedensbemühungen vieler Seiten sind spektakuläre Ergebnisse bisher versagt geblieben. Allerdings ist die Lage ruhiger geworden, seit Militär und Polizei den Massenangriffen der Laskar Jihad mit Waffengewalt entgegengetreten.

Voraussetzung für den Frieden ist, dass auch die verantwortlichen Vertreter der muslimischen Seite sich ohne Bedrohung aus den eigenen Reihen für die längst überfällige friedliche Lösung des Konflikts einsetzen können. Doch noch haben die Fanatiker das Sagen. In seiner per Radio übertragenen Ansprache am 11. Mai 2001 in der Al-Fatah-Moschee in Ambon erklärte Ustads Attamimi einem jeden den Krieg, der es wage, von Versöhnung zu sprechen. Wörtlich sagte er: „Es wird keine Versöhnung geben, bevor nicht alle heidnischen Christen und ihre Führer vernichtet und getötet sind“³⁸.

Der Vizepräsident der Republik, Hamzah Haz, selber ein Befürworter der Einführung der Scharia, wurde von Staatspräsidentin Megawati Sukarnoputri damit beauftragt, auf den Molukken eine friedliche Regelung zwischen den verfeindeten Bevölkerungsgruppen zu vermitteln. Man darf gespannt darauf sein, wie dieser gerechte Frieden aussehen wird.

2. Der Konflikt im Poso-Gebiet

Neben den Molukken soll Vizepräsident Hamzah Haz auch in einem weiteren, wenn auch kleineren Konfliktgebiet den Frieden wiederherstellen. Es handelt sich um den Regierungsbezirk Poso mit der gleichnamigen Bezirkshauptstadt in der Provinz Mittel-Sulawesi. Der Bezirk ist fast ganz protestantisch mit einigen muslimischen Dörfern an der Küste und zugezogenen Katholiken in der Stadt Poso. Der Regierungspräsident des Poso-Gebietes war immer ein Protestant, bis vor einigen Jahren ein Muslim für diese Position ernannt wurde. Damit begann die politische Vorherrschaft der Muslime, die systematisch alle wichtigen Verwaltungspositionen mit eigenen Leuten besetzten. Die Christen fühlten sich diskriminiert, seit die lokale Regierung, die Polizei und das Rechtswesen fast ganz in den Händen der Muslime waren. Schließlich genügte ein Streit unter Jugendlichen, die Spirale der gegenseitigen Gewaltaktionen in Gang zu setzen. Es wurden seit 1999 viele Häuser der Muslime und insgesamt 54 Dörfer der Christen zerstört. Die Zahl der Todesopfer beider Seiten wird mit mindestens 235 angegeben, höchstwahrscheinlich sind es aber mehr. Es wurden 21 christliche Kirchen beschädigt und die Mehrzahl von ihnen völlig zerstört. Über zerstörte Moscheen liegen keine Daten vor. Inzwischen wurden drei Anführer der Christen vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt, 200 ihrer Anhänger erhielten Gefängnisstrafen. Die Christen halten es nicht für gerecht, dass der Hauptprovokateur auf muslimischer Seite, der jüngere Bruder des Regierungspräsidenten, nur eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren erhalten hat. Inzwischen geht die Diskriminierung der Christen weiter. Unter einigen hundert neuen staatlichen Angestellten gibt es nur wenige Christen. Auch das gegenseitige Töten nimmt kein Ende. Es zeigt sich immer mehr, dass der Konflikt von den vor Ort Verantwortlichen nicht gelöst werden kann. Es bleibt abzuwarten, wie weit die Forderung der Leitung der protestantischen Kirche an die Zentralregierung erfüllt werden wird, als neutrale Instanz einzugreifen und Gerechtigkeit zu schaffen.

Auf muslimischer Seite bereiten sich die Laskar Jihad auf ihren Einsatz im Poso-Gebiet vor. Für sie geht es, wie sie erklären, um einen Religionskonflikt, der durch das Bestreben der Missionare entstanden sei, Muslime zum Abfall von ihrem Glauben zu bringen³⁹. Dabei wollen sie offenbar nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Bevölkerung des Gebiets nicht vom Islam, sondern von ihrer animistischen Religion zum Christentum übergetreten ist. Die Führung der Truppe, die ihren Sitz in Yogyakarta hat, spricht sich kategorisch gegen jeden Versuch zur Versöhnung aus. Sie vermutet dahinter die Absicht der Behörden, ihr Versagen bei der Ahndung der an den Muslimen begangenen Verbrechen zu kaschieren. Nach den Erfahrungen auf den Molukken haben die Christen das Schlimmste zu befürchten, wenn die bewaffneten Milizen der Laskar Jihad im Poso-Gebiet operieren können.

3. Weitere Konfliktgebiete

In der Provinz Aceh im äußersten Nordwesten Indonesiens hat die 1976 gegründete „Bewegung Freies Aceh“ (GAM: Geraken Aceh Merdeka) den bewaffneten Kampf der Acehnesen gegen die holländische Kolonialmacht und anschließend gegen den indonesischen Staat wieder aufgenommen und intensiviert. In den heftigen Kämpfen mit der indonesischen Armee kam es zu Brutalitäten, tausenden Toten auch unter der Zivilbevölkerung und zu Menschenrechtsverletzungen beider Seiten. Bei diesen jahrelangen Auseinandersetzungen spielte die Religionszugehörigkeit keine Rolle, denn den muslimischen Aufständischen geht es ausschließlich um die staatliche Unabhängigkeit ihres Gebietes.

In der Provinz Aceh wurden im Jahre 1998 sechs Kirchen zerstört bzw. beschädigt⁴⁰. Am 20. Juli 1998 wurden in Zentral-Aceh im Gebiet von Kuta Serangan vier protestantische Kirchen völlig niedergebrannt und am 31. August 1998 in Lhokseumawe, Banda Aceh, eine Kirche der Methodisten und eine der Batak-Christen durch Steinwürfe erheblich beschädigt. Alles weist darauf hin, dass es sich in beiden Fällen um lokal begrenzte Vorkommnisse handelt, denn seither kam es zu keinen weiteren Übergriffen.

In der Provinz Papua (Irian Jaya) kommt es seit Jahren zu erheblichen Verletzungen der Menschenrechte der einheimischen, überwiegend christlichen Bevölkerung der Papua durch das indonesische Militär. Die indonesische Regierung ist bisher nicht bereit, der Forderung nach einem Referendum über die staatliche Unabhängigkeit des Gebietes statt zu geben.

Die christlichen Kirchen sind in den Auseinandersetzungen nicht Zielscheibe der Gewalt.

Es besteht allerdings die Gefahr, dass die Frustration der Bevölkerung umschlägt in Aggression und Gewalt gegen die zahlreichen, fast ausschließlich muslimischen Zuwanderer aus anderen Landesteilen Indonesiens und dass dies Formen religiöser Gewalt annimmt.

In den Provinzen West- und Mittel-Kalimantan (Borneo) ist es in den letzten Jahren zu bisher unvorstellbaren Gräueltaten in den Auseinandersetzungen zwischen den einheimischen Dayaks und Malayen auf der einen Seite und den zugewanderten Maduresen auf der anderen gekommen. Die blutigen Gewalttaten geschahen nach dem Muster traditioneller Stammeskämpfe. Dabei ging es offensichtlich um ethnische und nicht um religiös motivierte Feindseligkeiten, denn nicht nur die mehrheitlich christlichen Dayaks sondern auch die muslimischen Malayen standen gegen die muslimischen Maduresen, und beim Niederbrennen der Dörfer wurden die Moscheen gezielt von der Zerstörung ausgespart.

IV. Die Reaktionen von Staat und Gesellschaft

1. Der Staat und seine Organe

Die Haltung der Regierung in Jakarta zu den Gewaltaktionen gegen religiöse Minderheiten, wie sie sich in der Zerstörung der Kirchen und den Menschenrechtsverletzungen in den Konfliktgebieten zeigen, ist ambivalent. Die Regierung bedauert die Vorkommnisse. Sie lädt die Vertreter der Religionen zu gemeinsamen Gesprächen ein und distanziert sich von den Gewaltakten. Aber man hat den Eindruck, ihr Tun habe nur Symbolcharakter, denn sie ergreift bis jetzt nicht die wirklich geeigneten Maßnahmen zum Schutze ihrer Staatsbürger.

Die lokalen Behörden reagieren sehr unterschiedlich. Einige, z. B. der Sultan von Yogyakarta, setzen sich nachdrücklich für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und damit für den Schutz der religiösen Minderheiten ein. Aber insgesamt herrscht der Eindruck vor, dass die lokalen Behörden ihre Möglichkeiten nicht genügend nutzen, gegen gewaltbereite Gruppen vorzugehen.

Es stellt sich die Frage, wie weit das Rechtswesen in Indonesien seinen Beitrag zur Lösung der Krise, die das ganze Land erfasst hat, leistet. Die Antworten, die man auf diese Frage bekommt, sind sehr ernüchternd. Der allgemeine Tenor lautet: Es gibt kein Recht mehr. Nie zuvor war das moralische Fundament des Rechtsstaates so zerrüttet wie heute, denn die Richter sind genauso käuflich wie die Politiker. Von den Gerichten, so heißt es immer wieder, ist kaum eine gerechte Entscheidung zu erwarten, weder bei Menschenrechtsverletzungen noch in religiösen Verfahren oder anderen Prozessen, wie z.B. bei Korruptionsskandalen. Gerichtsverfahren haben, so sagt man, keine Aussicht auf Erfolg, weil man erstens mit genügend Geld den Richterspruch beeinflussen könne und weil zweitens der Richter die Reaktionen auf seinen Richterspruch fürchten müsse. Wenn Massen zur Einschüchterung aufgeboten werden können, werden Strafverfahren, z.B. wegen zerstörter Kirchen, gar nicht erst angestrengt. Falls diese insgesamt pessimistische Einschätzung des Rechtswesens zutrifft, haben die gewaltbedrohten Minderheiten in Indonesien in der Tat wenig Hilfe von den Gerichten zu erwarten.

Die Polizei halte sich zurück, wird immer wieder berichtet. Sie ist offenbar auf ihre neue, alleinige Verantwortung für die innere Sicherheit noch wenig vorbereitet und hat kaum Erfahrung im Umgang mit aggressiven Massen. Häufig zögert sie durchzugreifen, denn sie ist angeklagt wegen der Verletzung der Menschenrechte in der Vergangenheit. Angesichts der Größe des Landes und der Vielzahl der Konfliktherde ist die Polizei personell weit unterbesetzt. Zudem ist sie

ungenügend ausgestattet, ohne eine effektive Logistik mit Ausnahme der mobilen Brigade (Brimob). Die Bezahlung vor allem der unteren Ränge ist schlecht und motiviert nicht zum Einsatz des eigenen Lebens. Unter diesen Voraussetzungen kann man wohl nicht davon ausgehen, dass die Aufklärung von Straftaten und der Schutz der Minderheiten eine selbstverständliche Pflicht und Aufgabe der Polizeibeamten ist.

Und das Militär? Die ideologische Basis des Militärs war früher die Pancasila. Mit aller Härte trat sie den extremistischen Bestrebungen entgegen. Formal gilt das auch heute noch. Aber die Streitkräfte sind keine monolithische Einheit mehr. Es gibt Differenzen zwischen unterschiedlichen Gruppierungen. Zudem ist die Armee unterbezahlt und schlecht ausgerüstet. Allerdings verfügt sie über eine ausgefeilte Kommandostruktur über alle staatlichen Verwaltungsebenen bis hinunter in die Dörfer. Sie hat ihr Informationsnetz über das ganze Land gespannt. Wegen der zahlreichen und bis jetzt nicht aufgeklärten Verletzungen der Menschenrechte bis in die jüngste Vergangenheit hinein, hat die Armee viel Prestige im Volk verloren. Heute steht die Armee unter dem Druck der Politik, sich auf die Landesverteidigung zu konzentrieren und Professionalität zu entwickeln. In der Öffentlichkeit und vor allem von Seiten der politisch aktiven Studentenschaft wird die sog. Doppelfunktion des Militärs, soweit sie dessen innenpolitische Rolle betrifft, nachdrücklich in Frage gestellt. Die Armee sucht deshalb Unterstützung in der Bevölkerung. Islamische Gruppen sind dazu bereit. So ist es nicht unbegründet, von einer Zusammenarbeit einiger Kreise des Militärs mit fanatischen Islamgruppen auszugehen. Es fällt auf, dass sozusagen niemand da ist, der die Aktionen der Fanatiker stoppt.

2. Die Öffentlichkeit

Die Massenmedien berichten auf unterschiedliche Weise über Gewaltaktionen und insbesondere über die bewaffneten Konflikte. Die großen Zeitungen bemühen sich um Objektivität, wobei die größte, die katholische Tageszeitung „Kompas“, sehr vorsichtig agiert, wohingegen die Zeitschrift „Tempo“ wie immer sehr offen und mutig die Dinge beim Namen nennt. Die kleinen lokalen Zeitungen sind in ihrer Berichterstattung häufig tendenziös. Sie werden zu einem Mittel des Kampfes vor Ort für beide Konfliktparteien, denn ihre Berichte führen dazu, dass sich die Anhänger der einen Religion solidarisch in der Feindschaft gegen die andere fühlen. Um dies zu verhindern, veranstaltet die YLBH (Stiftung Rechtshilfe in Jakarta) bereits zum zweiten Mal mit Journalisten beider Seiten aus den Konfliktgebieten ein gemeinsames Treffen, das der sachlichen Aufklärung dienen soll.

Die Bevölkerung zeigt sich betroffen über die Gewalt gegen die religiösen Minderheiten, die ja häufig gut bekannte Nachbarn sind. Sie hilft den Opfern mit Lebensmitteln und trifft gemeinsam Vorkehrungen gegen Gewaltmaßnahmen. In Ostjava helfen die Mitglieder der muslimischen Jugendorganisation Ansor⁴¹, die christlichen Kirchen vor Anschlägen zu bewachen. Am Heiligabend 2000 wurde einer dieser jungen Männer dabei von einer Bombe zerrissen⁴². Allerdings ist es in der Bevölkerung bisher zu keiner solidarischen Aktion gegen die Gewalt gekommen. Es gibt aber kleine private Selbsthilfegruppen und Organisationen der Rechtshilfe, die sich ernsthaft um die Opfer kümmern.

3. Die christlichen Kirchen

Die Kirchen sind sich der Gefährlichkeit der Lage durchaus bewusst. Beide Kirchen haben in öffentlichen Erklärungen in aller Schärfe die Gewalt im Lande verurteilt. Aber sie wissen, dass sie im Zentrum der politischen Macht kaum mehr Einfluss haben. Darum können sie nur an die Regierung appellieren, alles zu tun, der Gewalt vor allem in den Konfliktgebieten ein Ende zu setzen. Sie wissen auch, dass das nicht mehr intakte Rechtssystem ihnen keinen wirksamen Schutz gegen die Gewaltaktionen fanatisierter Gruppen bietet. Bis heute haben sie noch kein Gerichtsverfahren gegen Gewalttäter, die die Kirchen zerstört haben, angestrengt. Denn bis jetzt wurde von der Polizei noch keiner der Täter dingfest gemacht.

Das vordringliche Ziel der Kirchen ist es, den Dialog mit der moderaten Mehrheit der Muslime zu intensivieren, um über die wahren Sachverhalte aufzuklären und dabei zu helfen, ein öffentliches Bewusstsein zu bilden, das sich gegen die Verletzung der Menschenrechte und die Gewalt gegen die Religionsgemeinschaften wendet. Es ist auffällig, wie sehr sich die Kirchen nach jedem Zwischenfall um bessere Kontakte zu den Vertretern des Islam bemühen. Die Kirchen wissen, dass für gewöhnlich nicht die lokale Bevölkerung die Kirchengebäude in Brand setzt. Darum richtet sich ihre Abwehr nicht gegen den Islam als solchen, sondern gegen die militanten Fanatiker und deren Hintermänner. Die Kirchen und die offiziellen Vertreter des Islam verurteilen beide die Zerstörung der Gotteshäuser.

Für das weitere Zusammenleben der Religionen ist es entscheidend, dass sich die Mitglieder der christlichen Gemeinden nicht zu Racheakten hinreißen lassen. In ihren öffentlichen Stellungnahmen, so im Hirten Schreiben nach den Bombenanschlägen gegen christliche Kirchen am Heiligabend 2000 und im Hirten Schreiben zu Ostern 2001⁴³, haben die katholischen Bischöfe die Gläubigen nachdrücklich und mit Erfolg zum Verzicht auf jede Gegengewalt aufgerufen.

Statt dessen haben sie die Gläubigen dazu aufgefordert, sich in ihrer Nachbarschaft in allen Bereichen des Lebens zu engagieren, angefangen von der Solidarität mit den Unterprivilegierten, den von der Gesellschaft Vernachlässigten wie den Straßenkindern bis hin zu Aktionen für Frieden und Gerechtigkeit. Die kirchlichen Gemeinden bemühen sich um gute Kontakte zu ihrer andersgläubigen Umgebung. Nur so wird es verständlich, dass muslimische Jugendliche bereit sind, Kirchengebäude mit zu bewachen.

Die Bemühungen der Kirchen richten sich auch auf ihre eigenen Mitglieder. Sie versuchen, in den Gemeinden das Verständnis für die augenblickliche kritische Situation zu wecken und zugleich deren Selbstvertrauen zu stärken. In den Gemeinden finden Übungen zum Verhalten in Konfliktsituationen statt. Allerdings sind nicht alle Gemeinden von Gewaltanschlägen bedroht. Dies gilt vor allem für die Gebiete mit christlicher Bevölkerungsmehrheit⁴⁴.

Darüber hinaus koordinieren die Kirchen ihre Informationsarbeit. Im Bereich der katholischen Kirche ist es die Kommission *Justitia et Pax* der Bischofskonferenz mit ihrem ständigen Sekretariat, das gemeinsam mit dem Sekretariat der Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Indonesien die Vorfälle von Gewalt gegen die Christen und ihre Kirchen dokumentiert und veröffentlicht.

V. Zusammenfassung und Perspektiven

Es ist unbestreitbar, dass Indonesien als das Land mit der größten muslimischen Bevölkerung der Welt in seiner Verfassung jedem seiner Staatsbürger das Menschenrecht auf die Freiheit seiner religiösen Überzeugung garantiert. Das wird von der großen Mehrheit der Bevölkerung des Landes genau so positiv gesehen wie von der Mehrheit der heute politisch relevanten Persönlichkeiten und Parteien. Diese Freiheit steht und fällt mit dem umfassenderen fundamentalen Kompromiss, den bei der Gründung des Staates die Anhänger eines Säkularstaates mit den Verfechtern eines Islamstaates geschlossen haben, und der die Einheit des Landes in der Vielfalt seiner Kulturen und Religionen erst möglich gemacht hat. Dieser Kompromiss trägt den Namen *Pancasila*, die „fünf Säulen“, die die Grundlage der Verfassung bilden. Die erste dieser ‚Säulen‘ besagt, dass der Glaube an Gott für den Staat Indonesien konstitutiv ist, nicht mehr und nicht weniger. Darin kommt das Entgegenkommen der säkular orientierten Nationalisten an die Religiösen und auf der Gegenseite die Selbstbeschränkung der Islamisten zum Ausdruck, denn deren eigentliches Ziel war es, die Verpflichtung aller Muslime des Landes zur Einhaltung der Scharia in der Verfassung festzuschreiben und somit staatlich zu sanktionieren. Auf dieses Anliegen haben die Vertreter eines Islam-

staates damals um der Einheit des Landes willen verzichtet. Die religiöse Freiheit der Bevölkerungsmehrheit ist zugleich auch die Freiheit der religiösen Minderheiten, ihrem Glauben gemäß zu leben.

Von Anfang an hat ein Teil der Islamisten dem nationalen Kompromiss der Verfassungsväter nicht zugestimmt. Heute wird die Forderung, die Verpflichtung der Muslime zur Einhaltung der Scharia in die Verfassung einzufügen, von einer aktiven Minderheit wieder lautstark erhoben⁴⁵. Diese Forderung haben sich die kleineren islamistischen Parteien PK (Gerechtigkeitspartei) und PBB (Mond und Stern Partei) aber auch die größere PPP (Vereinigte Aufbaupartei) unter der Führung des heutigen Vizepräsidenten Hamzah Haz zu eigen gemacht. Sie befinden sich im Parlament zwar in der Minderheit, doch sehen sie in der augenblicklichen Diskussionsion über die Erneuerung der Verfassung ihre Chance, ihre Ziele doch noch zu erreichen. Den Islamisten schwebt ein Staatsmodell vor, in dem alle Gesetze und alle Institutionen einschließlich der Wirtschaft des Landes islamisch bestimmt und in dem die religiösen Minderheiten, zumal die Christen, nur ‚Schutzbefohlene‘, also Bürger zweiter Klasse wären, die, so ist zu befürchten, nicht die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie das islamische Staatsvolk hätten.

Die Autonomie der Provinzen dürfte den lokalen Bestrebungen zur de facto Einführung der Scharia in bestimmten Regionen des Landes mächtigen Auftrieb geben, obwohl das seit Anfang des Jahres 2001 gültige Autonomie-Gesetz die Religion ausdrücklich von der Zuständigkeit der autonomen Behörden ausnimmt. Die beschlossene Einführung der Scharia in der Provinz Aceh hat jedoch einen Prozess in Gang gesetzt, der auch in anderen Provinzen Eigengesetzlichkeit hervorruft.

Ein besonderes Phänomen im heutigen Indonesien sind die zahlreichen radikal-islamischen Gruppen, die bereit sind, ihre Vorstellungen mit Waffengewalt durchzusetzen und die von den staatlichen Autoritäten nicht daran gehindert werden, ihre Milizen militärisch zu trainieren und in Konfliktgebieten einzusetzen. Hier sind an erster Stelle die ‚heiligen Krieger‘ der *Laskar Jihad* zu nennen, deren Menschenrechtsverletzungen im Rahmen ihrer ethno-religiösen Säuberungen zur Zerstörung christlicher Dörfer und Kirchen auf den Molukken bisher von keiner staatlichen Instanz geahndet wurden. Bis jetzt erhalten sie offenbar Protektion von höchsten politischen und militärischen Autoritäten. Es darf nicht verschwiegen werden, dass beide Konfliktparteien zumindest in der Anfangsphase des Konflikts sich in ihrer Brutalität in nichts nachstanden und dass nicht nur Kirchen sondern auch Moscheen zerstört wurden.

Einen besonderen Gräuelfall im Konflikt auf den Molukken stellen die Zwangsislamisierungen tausender Christen dar, die sich laut Augenzeugenberichten unter Todesandrohung öffentlich beschneiden lassen mussten. Nur ein Teil von ihnen wurde bis jetzt mit Hilfe der Behörden evakuiert. Ihren gesamten Besitz

mussten sie, falls er nicht bereits zerstört war, zurück lassen. So wie all die Hunderttausende beider Seiten, die in diesem Konflikt zu Flüchtlingen wurden, ihr Hab und Gut verloren haben.

Man muss feststellen, dass der Staat und seine Organe heute in vielen Fällen nicht ihrer Verpflichtung nachkommen, das verfassungsmäßige Recht der Freiheit der Religion wirksam zu schützen. Die Gräueltaten in den Konfliktgebieten, aber auch die Kirchenzerstörungen in weiten Teilen des Landes sind dafür ein bedrückender Beweis. Dieser mangelnde Schutz von Seiten des Staates ist jedoch nicht als politische Absicht, sondern eher als Folge einer allgemeinen Staatsmiserie zu interpretieren. Es fehlen die notwendigen finanziellen Mittel und wohl auch der moralische Anspruch der Verantwortlichen zur umfassenden Sicherung des Rechtsstaates. Der Niedergang des Rechts trifft zuerst die Schwachen der Gesellschaft und unter ihnen die religiösen Minderheiten, die schutzlos der Willkür von Fanatikern ausgesetzt sind.

Die Kirchen stehen dieser bedrückenden Entwicklung nicht tatenlos gegenüber. In eindeutigen Erklärungen verurteilen sie öffentlich die Gewalt im Lande und fordern die Regierung nachdrücklich zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens auf. Nachdrücklich bitten sie die christlichen Gemeinden, auf alle Gegengewalt zu verzichten und sich statt dessen um die sozialen und wirtschaftlichen Nöte auch ihrer andersgläubigen Nachbarschaft zu kümmern. Insbesondere fördern sie den Dialog mit den gesprächsbereiten Vertretern des Islam, um zu einer Atmosphäre der Offenheit beizutragen. Sie sind überzeugt, dass man zwar ihre Kirchen und Institutionen, nicht aber den Glauben ihrer Gemeinden zerstören kann.

Welche Entwicklung wird Indonesien nehmen? Bei der Antwort auf diese Frage geht es nicht vordringlich um das Verhältnis der Bevölkerungsmehrheit des Landes zu ihren religiösen Minderheiten. Entscheidend für die Zukunft des Landes ist die Auseinandersetzung zwischen der toleranten muslimischen Mehrheit auf der einen Seite und der Minderheit der islamischen Fanatiker und deren Sympathisanten auf der anderen. Es geht um die Frage, ob Indonesien eine offene Zivilgesellschaft sein wird, in der alle Staatsbürger das durch die Verfassung garantierte Recht behalten, gemäß ihrer religiösen Überzeugung zu leben, oder ob es den Islamisten gelingt, das Land schrittweise in eine religiöse Diktatur zu verwandeln, in eine geschlossene, rückwärts gewandte Gesellschaft. Die große Mehrheit des indonesischen Volkes will das nicht. Es bleibt zu hoffen, dass die Befürworter der Freiheit für alle in der Lage sind, die notwendige Zivilcourage in der Bevölkerung und den Parteien zu mobilisieren, damit die Fanatiker in Schranken gehalten werden können. Nur in einer offenen Gesellschaft hat die Religionsfreiheit auch der religiösen Minderheiten einen sicheren Platz.

VI. Forderungen zur Religionsfreiheit in Indonesien

- Der indonesische Staat ist dringend aufgefordert, endlich wirksame Maßnahmen zur Herstellung eines gerechten Friedens auf den Molukken und im Poso-Gebiet der Provinz Mittel-Sulawesi zu ergreifen. Wichtige Voraussetzung für die Beendigung des Konflikts ist der Abzug der Laskar-Jihad-Milizen, die jeden Versöhnungsversuch zwischen den Konfliktparteien mit Gewalt unterbinden.
- Die indonesischen Behörden müssen endlich allen Christen, die auf den Molukken zu Opfern der gewaltsamen Islamisierung wurden, zu ihrer Freiheit und zu ihrem Recht verhelfen.
- Die indonesischen Sicherheitsbehörden müssen endlich dem Skandal der Zerstörung von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen Einhalt gebieten und die Gewalttäter und ihre Hintermänner strafrechtlich verfolgen. Die religiösen Minderheiten müssen das Recht zum Bau ihrer Gotteshäuser haben, damit die Gemeinden gemäß ihrem in der Verfassung garantierten Recht ungehindert Gottesdienst feiern können.

Quellenangaben

Die Ausführungen basieren auf den Informationen aus ca. 50 Interviews und Gesprächen, die in der Zeit von Ende Mai bis Ende Juni 2001 vom Verfasser in Indonesien geführt wurden.

Benutzt wurde u.a. folgende Literatur:

Becker, Dieter: Die Kirchen und der Pancasila-Staat – Indonesische Christen zwischen Konsens und Konflikt, Erlangen, Verlag der Ev.-Luth. Mission, 1996

von Magnis-Suseno, Franz: Neue Schwingen für Garuda – Indonesien zwischen Tradition und Moderne, München, Peter Kindt Verlag, 1989

Ingrid Wessel and Georgia Wimhöfer (ed.): Violence in Indonesia, Hamburg, Abera-Verlag, 2001

Dr. Paul Tahalele, Drs. Thomas Santoso (ed.): The Church and Human Rights in Indonesia, Surabaya, Indonesia Christian Communication Forum, 1997
Ebds.: Supplement 2001

Mohtar Mas' oed, Mochammad Maksun, Moh Soehadha (ed.): Kekerasan Kolektif – Kondisi dan Pemicu, Yogyakarta, P3PK Universitas Gadjah Mada, 2000

Fußnoten

- ¹ Die häufig verwendete wörtliche Übersetzung von MPR (Musyawarah Perwakilan Rakyat) als ‚Beratende Volksversammlung‘ ist m.E. nicht korrekt, denn sie gibt nicht die Entscheidungsfunktion und Kompetenz dieses obersten Verfassungsorgans wieder.
- ² Vor allem in den Zentralmolukken auf Ambon und Seram. In den Nordmolukken hat es schon länger keine Kämpfe mehr gegeben.
- ³ vgl. Prof. Dr. Franz von Magnis-Suseno SJ: *Hidup Magazin* 1997
- ⁴ vgl. Prof. Dr. Franz von Magnis-Suseno SJ: *Neue Schwingen für Garuda – Indonesien zwischen Tradition und Moderne*, München, 1989
- ⁵ a.a.O. S. 137
- ⁶ ICMI tritt heute praktisch nicht mehr in Erscheinung und scheint seit dem Abtritt Habibies an Bedeutung zu verlieren, da die traditionellen wie auch rezenten radikalen Muslimorganisationen es nicht mehr nötig haben, über eine solche Front zu arbeiten.
- ⁷ vgl. Dieter Becker: *Die Kirchen und der Pancasila-Staat – Indonesische Christen zwischen Konsens und Konflikt*, 1996, S. 198
- ⁸ vgl. Dieter Becker: a.a.O., S. 188
- ⁹ Von den Verfechtern der Scharia wird allerdings betont, dass die Scharia nur für Muslime gelten solle und die staatsbürgerlichen Rechte der Nichtmuslime nicht beeinträchtigt sein würden.
- ¹⁰ vgl. Dr. Paul Tahalele and Drs. Thomas Santoso, Editors: *The Church and Human Rights in Indonesia*, Supplement, Surabaya, 2001, S. 1
- ¹¹ d.h. bis Ende Januar 2001;
- ¹² vgl. Prof. Dr. Franz von Magnis-Suseno SJ: *Religious Freedom in Indonesia – Situation and Prospects*, Jakarta 2001 (Presseerklärung)
- ¹³ Amin Abdullah, u.a.: *Tasikmalaya*, in: Mohtar Mas' oed, u.a., Editor: *Kekerasan Kolektif – Kondisi dan Pemicu*, Yogyakarta, 2000, S. 97 ff.
- ¹⁴ vgl. John T. Sidel: *Riots, Church Burnings, Conspiracies*, in: Ingrid Wessel and Georgia Wimhöfer, Editors: *Violence in Indonesia*, Hamburg, 2001, S. 56
- ¹⁵ vgl. Dr. Paul Tahalele and Drs. Thomas Santoso (ed.): *The Church and Human Rights in Indonesia*, Surabaya, 1997, S. 184
- ¹⁶ vgl. Prof. Dr. Franz von Magnis-Suseno SJ: *Religious Freedom in Indonesia*, a.a.O.
- ¹⁷ vgl. Prof. Dr. J. E. Sahetapy: *Unity and Integrity at Stake?* In: Dr. Paul Tahalele: a.a.O., S. 161
- ¹⁸ z. B. darf in solchen Fällen in einem Radius von 500 Metern um den geplanten Kirchbau keine Moschee oder kein islamisches Gebetshaus stehen.
- ¹⁹ so geschehen in der Stadt Bima auf der Insel Sumbawa
- ²⁰ Etwa 100.000 der vertriebenen Butonesen und Buginesen hausen heute in elenden Lagern in Süd- und Südost-Sulawesi.
- ²¹ vgl. Jesuit Refugee Service, *Berita soal pengungsi di seluruh Indonesia – Too many UNMET Needs*, Internet-Erklärung, September 2001
- ²² Es gibt Schätzungen, dass die Zahl der muslimischen Flüchtlinge etwa doppelt so groß sei wie die der christlichen.
- ²³ vgl. George J. Aditjondro: *Notes on the Jihad Forces in Maluku*, July 2001. – Nach anderen Angaben waren es auf dem

- Höhepunkt der Auseinandersetzung etwa 5000 Jihad-Kämpfer und heute sollen noch rd. 2500 im Einsatz sein.
- ²⁴ vgl. George J. Aditjondro: *Guns, Pamphlets and Handie-Talkies*, in: Ingrid Wessel and Georgia Wimhöfer: a.a.O., S. 112 ff
 - ²⁵ vgl. George Aditjondro, a.a.O., S. 118
 - ²⁶ ebd. S. 118
 - ²⁷ ebd. S. 118
 - ²⁸ siehe Internetmitteilung der Laskar Jihad Ambon (Laskarjihad.or.id) vom 30.03.2001
 - ²⁹ siehe Internetmitteilung der religiösen Vertreter der muslimischen Bevölkerung in Ambon: *Pernyataan Bersama Umat Islam Ambon* (www.laskarjihad.or.id/press/pro-rajam) vom 17.05.01
 - ³⁰ vgl. George Aditjondro: a.a.O., S. 117
 - ³¹ vgl. Crisis Centre Keuskupan Amboina: *Lintas Peristiwa Kerusuhan di Maluku – Periode 15 Januari 1999-13 April 2001*, S. 23 ff
 - ³² vgl. George Aditjondro: a.a.O., S. 104 ff
 - ³³ ebd. S. 105
 - ³⁴ ebd. S. 112
 - ³⁵ ebd. S. 115
 - ³⁶ ebd. S. 115
 - ³⁷ vgl. Dr. Paul Tahalele: *Moluccas – Actual News*, in: *The Church and Human Rights in Indonesia*, Supplement, S. 11
 - ³⁸ vgl. Crisis Centre: a.a.O. S. 35
 - ³⁹ vgl. Ayip Syafruddin: *Mengapa Laskar Jihad ke Poso?* (www.laskarjihad.or.id/artikel/keposo)
 - ⁴⁰ vgl. Dr. Paul Tahalele, a.a.O. *Suupplement*, S. 3
 - ⁴¹ diese Jugendorganisation ist der muslimischen Großorganisation NU (Nahdlatul Ulama) affiliert.
 - ⁴² sein Name ist Sdr. Riyanto, der die Ebenezer-Kirche in der Stadt Mojokerto in Ost-Java bewachen half und seinen Einsatz mit dem Leben bezahlte.
 - ⁴³ Vgl. *Konferensi Waligereja Indonesia: Surat Gambala Paskah 2001*, S. 22
 - ⁴⁴ z.B. Papua (Irian Jaya), Nusa Tenggara Timur, Nord-Sulawesi, die Dayakgebiete auf Kalimantan, das Batakgebiet in Nord-Sumatra.
 - ⁴⁵ Am 27. August 2001 demonstrierten etwa 5000 Anhänger der Front der Verteidiger des Islam (FPI) und der Muslimischen Vereinigung Indonesischer Arbeiter vor dem Parlament in Jakarta für die Einfügung der Scharia in die Verfassung. Siehe UCANews, Jakarta, 29.08.01 (www.ucanwes.com)

